

Allianz für den Norden

Positionspapier der LFA „Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau“ der CDU Schleswig-Holstein und „Wirtschaft und Arbeit“ der CDU Hamburg

Präambel

Globalisierung und Konzentration sowie der demographische Wandel sind derzeit wie in den kommenden Jahrzehnten die wohl wirksamsten Treiber für Prozesse, die das Leben der Menschen in Deutschland, Europa und der Welt nachhaltig verändern werden. Die Globalisierung sorgt für anhaltende Dynamik und schafft eine weltumspannende Wettbewerbssituation, in der kleinteilige Strukturen sich zusammenschließen und ihre Kräfte bündeln müssen, um wachsen und wirtschaftlich erfolgreich sein zu können. Die traditionsreiche Hanse ist dafür das beste Beispiel. Die demographische Entwicklung wiederum stellt mit einer alternden wie gleichzeitig abnehmenden Bevölkerung die soziale Marktwirtschaft vor völlig neue Herausforderungen.

Vor dem Hintergrund der Chancen und Risiken dieser Megatrends wird auch für Verwaltungseinheiten staatlicher bzw. kommunaler Ebenen regelmäßig die Frage aufgeworfen, ob diese durch Zusammenschlüsse nicht leichter und besser ihren spezifischen Beitrag dazu leisten können, die Wohlfahrt ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu fördern sowie die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken.

Im Norden der Bundesrepublik Deutschland wurde dazu die Idee eines „Nordstaates“ als Makro-Verwaltungseinheit regelmäßig und ausgiebig diskutiert. Aus heutiger Sicht ist diese Idee aus verschiedenen Gründen, vor allem aber wohl durch die Verankerung des Föderalismus in der Gesellschaft als ein Element demokratischer Staatsstrukturen, kaum realisierbar. Gleichwohl führt vor dem Hintergrund der Herausforderungen einer globalisierten Welt und des demographischen Wandels kein Weg an umfangreichen Kooperationen vorbei. Die Enquete-Kommission des Landtags in Schleswig-Holstein, 17. Wahlperiode 2007 bis 2012: „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation“, hat die Fülle an bereits bestehenden Verflechtungen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen wie deren Entwicklungsmöglichkeiten eindrucksvoll aufgezeigt.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind auf der kimbrischen Halbinsel gute Nachbarn Dänemarks. Diese grenzüberschreitende Gebietskulisse hat die nötige Masse und die erforderliche Klasse, um in engster Kooperation für nachhaltige Beschäftigung und entsprechenden Wohlstand der Bevölkerung zu sorgen und auch die Auswirkungen des demographischen Wandels bleiben beherrschbar. Eine gemeinsame Ostseestrategie würde weitere wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven eröffnen.

Die Vision einer „Allianz für den Norden“ zielt dabei nicht primär auf die Integration bestehender Verwaltungsstrukturen unter Aufgabe staatlicher Eigenständigkeit, wie dies bei einem Nordstaat der Fall wäre. Nein, sie respektiert die bestehenden Strukturen, will diese aber auf rechtlicher Grundlage und unter Nutzung in ihr gewachsenen Verbindungen so integrieren, dass mehr Wettbewerbsfähigkeit und allgemeine Zukunftsfähigkeit gegeben sind. Die Allianz steht gleichzeitig für eine Wirtschaftsunion – eine „Wachstumsregion Nord“,

innerhalb derer zum Nutzen der Menschen gemeinsam Politik gemacht wird und Projekte verwirklicht werden, die einzelne Partner für sich nur schwer oder gar nicht realisieren können.

Die CDU-Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein liefern mit der Vision einer „Allianz für den Norden“, die parallel einen Beleg für gemeinsame Wirtschaftsfragen darstellt, einen Beitrag für Zukunftsfähigkeit, Wirtschaftskompetenz und Bürgernähe. Das Streben nach mehr Kooperation im Norden, das durch das Allianzpapier dokumentiert wird, belegt die Innovationskraft der CDU und deren Weitblick.

I Rahmenbedingungen einer Allianz für den Norden: Globalisierung und demographischer Wandel

1. Globalisierung als Chance

Die Globalisierung hält Herausforderungen bereit, aber dort, wo man Handelsschranken zwischen den Staaten nach und nach abbaute wie zu Zeiten der Hanse, blühten Wirtschaft und Wohlstand auf. Seit den 1950er Jahren hat sich der Anteil des Welthandels an der weltweiten Wirtschaftsleistung mehr als verdreifacht, bei Gütern des verarbeitenden Gewerbes sogar mehr als vervierfacht. Der Welthandel kam in der Vergangenheit insbesondere durch die Liberalisierungserfolge des „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens“ (General Agreement on Tariffs and Trade – GATT) und später der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) in Schwung.

Heutige Beispiele sind das bereits ratifizierte Freihandels-Abkommen der Europäischen Union mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA). China und die USA gingen im Ringen um die neue Handelsordnung in der Asien-Pazifik-Region aufeinander zu und einigten sich bereits darauf, eine Freihandelszone Asien-Pazifik (Trans-Pacific Partnership – TPP) systematisch vorzubereiten. Auch die Hindernisse auf dem Weg zu der „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ der Europäischen Union (EU) mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) werden ausgeräumt werden.

Die Globalisierung hat der Weltwirtschaft seit dem Beginn der 1990-er Jahre einen starken Schub gegeben und die weltweite Wirtschaftsleistung deutlich wachsen lassen. Viele Länder, insbesondere in Übersee, haben sich wirtschaftlich gut entwickeln und gegenüber den klassischen Industrieländern in Europa, Nordamerika und Japan aufholen können. Erstmals können in den aufstrebenden, wirtschaftlich erfolgreichen Ländern in Übersee breite Schichten der Bevölkerung, freilich in einem unterschiedlichen Maße, im Wohlstand leben.

Durch die Globalisierung ist der Kreis der Länder, die am internationalen Handel teilnehmen, größer geworden und umfasst nun nahezu die gesamte Welt. Im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft haben sich nicht zuletzt neue Standorte für die Industrie entwickelt, durch die den klassischen Industrieländern neue Wettbewerber erwachsen sind. Auch sind Teile der Industrieproduktion aus Europa, Nordamerika und Japan in andere Länder verlagert worden. Dadurch hat die internationale Arbeitsteilung deutlich zugenommen. Das ist einer der wesentlichen Gründe für das überdurchschnittliche Wachstum des internationalen Handels seit dem Beginn der Globalisierung.

Trotz des zunehmenden Standortwettbewerbs zählt die Bundesrepublik Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung. In einem besonders großen Maße gilt dies für die Metropolregion Hamburg (MRH). Durch die Lage an der Küste und der für Seeschiffe befahrbaren Wasserstraße der Elbe hat sich die wirtschaftsgeographische Lage der

MRH verbessert. Diese Chance gilt es zu nutzen. Über 90 % des Welthandels, fast 95 % des Außenhandels der EU und nahezu 70 % des deutschen Im- und Exports werden über den Seeweg abgewickelt. Hier liegt die Chance des Nordens mit dem Welthafen Hamburg, der rund 155.500 Arbeitsplätze direkt und indirekt in der Metropolregion Hamburg verantwortet, und dem größten deutschen Ostseehafen Lübeck, begleitet von weiteren Seedestinationen. Die Impulse der Weltmärkte kommen über den Seeweg im Norden an - diese zur Wertschöpfung zu führen muss gemeinsame Aufgabe im Verbund einer „Wirtschaftsregion Nord“ sein.

Der sich verschärfende internationale Wettbewerb trifft nicht nur die Unternehmen, sondern auch ganze Volkswirtschaften. Auch Regierungen und Parlamente müssen sich in ihrer Politik deshalb darauf einstellen. Heute reicht es nicht mehr aus, an dem Bewährten festzuhalten. Der Schlüssel für den Erfolg einer Volkswirtschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft liegt deshalb in Innovationen. Wir werden unseren Wohlstand nur erhalten können, wenn wir in Wissenschaft und Technik weiterhin an der Spitze stehen. Innovationen ermöglichen neue Geschäftsmodelle sowie die Entwicklung und Vermarktung neuer Waren und Dienstleistungen. Forschung und Entwicklung sind nachhaltig zu fördern und zu stärken. In Hamburg und Schleswig-Holstein muss aus Wissenschaft Wirtschaft werden! Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen. Die Wirtschaftspolitik nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene in Hamburg und Schleswig-Holstein hat für die CDU deshalb im Kern die Aufgabe ein innovationsfreundliches Umfeld zu gestalten.

Globalisierung fragt nicht, ob sie willkommen ist oder die Menschen sie gar mögen – sie schreitet voran und eröffnet viele Chancen. Der Wettbewerb der Regionen ist an führender Stelle auf der Weltmarktskala nur zu bestehen, wenn Einheiten geschaffen werden, die ihre Energie aus der Kooperation und der Bündelung ihrer Stärken beziehen und parallel Arbeitsteilung organisieren. Dies wird eine von der CDU vorangetriebene „Allianz für den Norden“ im Sinne von Erfolg und Wachstum leisten.

2. Demographischer Wandel

Der Begriff „Demographischer Wandel“ bezeichnet die Veränderung der Altersstruktur in der Gesellschaft bei gleichzeitiger Abnahme der Bevölkerung. Neu tritt hinzu: die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung durch Zuwanderung.

Dies gilt in Schleswig-Holstein, wo die Bewohnerinnen und Bewohner durchschnittlich älter werden und die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten ohne Sondereffekte um 40.000 bis 80.000 Menschen abnehmen wird. Die Folge wird – regional unterschiedlich – ein erheblicher Fachkräftemangel und die Knappheit von Erwerbstätigen sein. Anders sieht die Situation in Hamburg aus. Die Freie und Hansestadt Hamburg wird bis 2025 einen Bevölkerungszuwachs von ca. 100.000 Einwohnern verzeichnen – gerade auch im Bereich der jungen Menschen bis zum Alter von 19 Jahren. 2009 wies das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Institut gGmbH (HWWI) allerdings darauf hin, dass dabei die Gruppe der bestehenden Erwerbspersonen bis 2020 deutlich altern wird, was ebenfalls eine Herausforderung darstellt.

Im sich verschärfenden Wettbewerb der Regionen haben Schleswig-Holstein und Hamburg, verbunden in enger Partnerschaft mit Dänemark, in einer „Allianz für den Norden“ Zuzugswilligen nachhaltige Beschäftigung und entsprechenden Wohlstand zu bieten. Auf diese Weise kann es gelingen, den Fachkräftebedarf der Wirtschaft auch weiterhin zu decken und – davon abgesehen – auch die übrigen negativen Folgen der demographischen Entwicklung zu vermeiden bzw. zu vermindern. Der demographische

Wandel ist beherrschbar: Migration wird dabei wie die Globalisierung zur Zukunftschance, stellt jedoch angesichts der aktuellen Herausforderungen ein komplementäres Politikfeld dar, das im Kontext dieses Strategieentwurfs nicht erschöpfend behandelt werden soll.

II Wirtschaftsregion Nord – die Zukunft liegt an der Küste

Die „Allianz für den Norden“ wird in der Kooperation Hamburgs und Schleswig-Holsteins, ergänzt um das Angebot an unsere dänischen Nachbarn auf der kimbrischen Halbinsel, dieser Kooperation beizutreten, zu einer „Wirtschaftsregion Nord“. Nicht der Zusammenschluss von Verwaltungseinheiten zu einem „Nordstaat“ ist das Ziel, sondern die Chancen einer naturgegebenen Region dadurch zu nutzen, dass über verwaltungstechnische Grenzen hinweg auf verschiedenen Feldern politischen Gestaltens kooperiert wird, um die sich daraus ergebenden Chancen zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Region noch besser nutzen zu können. Dabei steht die integrative Idee der Hanse als Pate zur Verfügung.

Der Schulterschluss mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen wie die strategische Ausrichtung im Ostseeraum im Sinne einer quasi erweiterten Wirtschaftsregion Nord ist dabei erklärtes Ziel der Kooperation.

Inhaltliches Kennzeichen der „Wirtschaftsregion Nord“ sind gemeinsam zu gestaltende Politikfelder, wie Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Infrastruktur- und Energiepolitik. Sie werden folgend skizziert. Jederzeit können weitere Politikfelder dazu kommen, wenn die Allianzpartner dies für sinnvoll halten.

1. Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik bedeutet, Politik für den Menschen zu realisieren. Eine starke Wirtschaft - gebunden an ethische und moralische Grundsätze und im Kern dem Menschen zugewandt - ist die Voraussetzung für sichere und auskömmlich dotierte Arbeitsplätze. Eine „Allianz des Nordens“ zu bilden ist in diesem Sinn auch förderliche Wirtschaftspolitik, denn sie schafft neue Rahmenbedingungen für die durch Globalisierung und Demographie veränderte Situation. Eine moderne Wirtschaftspolitik der Allianz muss die Unternehmen in Industrie, Handwerk, Dienstleistung, Handel, Gewerbe und Logistik direkt wie indirekt stärken.

Direkte Ansatzpunkte sind glaubwürdig nur in den Unternehmen selbst zu finden. Daher wird eine „Allianz für den Norden“ in enger Partnerschaft mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, Unternehmensverbänden sowie sonstigen Zusammenschlüssen der Wirtschaft Handlungsfelder und Ansatzmöglichkeiten identifizieren und auf dieser Grundlage ermittelte Maßnahmen umsetzen. Strategiepapiere „2030“ der Handelskammer Hamburg und der IHK Schleswig-Holstein geben dafür gute Beispiele.

Ergänzend stärken indirekt wirkende Maßnahmen wie die Förderung der Innovationskraft, Ausbau der Clusterpolitik, Wirtschaftsförderung und die Mittelstandspolitik. Diese werden folgend kurz umrissen:

a) Förderung der Innovationskraft

Die Wirtschaftspolitik in Hamburg und Schleswig-Holstein hat die Aufgabe, ein innovationsfreundliches Umfeld zu gestalten. Dafür ist ein übergreifender Ansatz erforderlich.

Ein innovationsfreundliches Umfeld setzt voraus, dass die Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein über ein gutes Bildungs- und Ausbildungsniveau verfügt. Dafür sind gute allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten sowie berufliche Weiterbildungseinrichtungen erforderlich.

Ein innovationsfreundliches Umfeld setzt aber auch eine leistungsfähige wissenschaftliche Forschung in Hamburg und Schleswig-Holstein voraus. Dafür sind entsprechend ausgestattete Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erforderlich.

Ein innovationsfreundliches Umfeld erfordert eine Wirtschaftspolitik in Hamburg und Schleswig-Holstein, die aufeinander abgestimmt ist und Innovationen gezielt fördert, indem sie ihren Schwerpunkt darauf legt, die Entwicklung und Markteinführung von neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen mit nachhaltigen Wachstumsaussichten zu unterstützen. Dazu kann insbesondere eine clusterorientierte Wirtschaftspolitik beitragen.

Hamburg hatte in der Vergangenheit bereits eine Innovationsallianz zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vereinbart, die jedoch später weitgehend eingeschlafen ist. Wir wollen die Innovationsallianz wieder beleben und zwar in Gemeinsamkeit von Schleswig-Holstein und Hamburg.

b) Ausbau der Clusterpolitik

Wirtschaftspolitik wird inzwischen in Schleswig-Holstein wie in Hamburg teilweise als Clusterpolitik betrieben. Wir wollen die Wirtschaftspolitik in Hamburg und Schleswig-Holstein stärker auf die Cluster ausrichten.

Cluster sind regionale Zentren bestimmter Unternehmungen und Branchen samt deren dazu gehörigen Netzwerke, die über Beziehungen entlang einer Wertschöpfungskette miteinander verbunden sind und infolge der Vernetzung über ein überdurchschnittliches Wachstumspotenzial verfügen. Wenn sie einen hohen Grad an Zukunftsorientierung und Wertschöpfungspotenzial sowie eine regionale Verankerung und die damit einhergehende wichtige Rolle für ein hohes Beschäftigungsniveau vorweisen, kann die Wirtschaftspolitik hier einen speziellen erfolversprechenden Ansatz vorfinden, der darüber hinaus unter dem Aspekt einer „Wirtschaftsregion Nord“ im betrachteten Wirtschaftsraum auf bereits bestehende Cluster aufzubauen vermag.

Gemeinsame Cluster der beiden Länder sind:

- Maritime Wirtschaft und Technologien
- Hafen, Verkehr und Logistik
- Luftfahrt
- Mikrotechnologie
- Erneuerbare Energien, darunter insbesondere Windenergie, Brennstoffzellen-Technologie
- Life Sciences und Gesundheit

Landesspezifische Cluster sind Ernährungswirtschaft, Chemische Industrie und Tourismus in Schleswig-Holstein und Hamburg@Work im Bereich Informationstechnologie und Medien in Hamburg.

Es gilt, diese Cluster weiter zu fördern und auszubauen sowie im Zuge der Allianz-Verbindungen nach Dänemark zu optimieren.

c) Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist darauf gerichtet, die Wirtschaft mithilfe verschiedener Anreize zu stärken. Es gibt EU-, Bundes- und Landesförderungen. Darüber hinaus besteht teilweise auch eine regionale und kommunale Wirtschaftsförderung durch Kreise und Gemeinden. Spezialprogramme wie etwa das Zukunftsprogramm Arbeit, das Zukunftsprogramm Wirtschaft, Enterprise Europe Network Hamburg - Schleswig-Holstein und Europäische territoriale Zusammenarbeit (INTERREG) bieten weitere Möglichkeiten. In der „Wirtschaftsregion Nord“ muss das Instrumentarium insbesondere hinsichtlich einer Wirksamkeit für Investitionsvorhaben und im Hinblick auf die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen in einer „Allianz für den Norden“ untersucht und ggfs. gezielt ausgebaut werden. Dabei sollen nicht individuelle Unternehmungen, sondern auch die wirtschaftliche Verflechtung auf der kimbrischen Halbinsel wie im Bereich der Ostseeanrainerstaaten gefördert werden.

Eine wichtige Rolle haben dabei die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg), die Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH (BG) und die BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH (BTG) sowie in Schleswig-Holstein die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH), die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) und die Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Europäische Investitionsbank auf EU-Ebene sowie verschiedene EU-Fördermechanismen helfen überregional.

Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ist die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen. Dabei darf die Fläche nicht allein unter dem Aspekt ihrer Verfügbarkeit beurteilt werden, sondern sie muss für den spezifischen Betriebszweck auch gut erreichbar sein. Die Nähe zu Beschaffungs- und Absatzmärkten ist im Kontext von Logistikkosten und laufender Unterhaltung von entsprechender Relevanz. Öffentlich-rechtliche Verfahren sollten unkompliziert und transparent sein sowie umfassende Beratung und Betreuung durch die Behörden bieten.

In der „Wirtschaftsregion Nord“ sind auf Wachstum orientierte Gewerbeflächen auszuweisen. Ein EDV-gestütztes Gewerbeflächenmanagement, wie es etwa die MRH mit dem Gewerbeflächeninformationssystem (GEFIS) bereits aufweist sowie ergänzend die Förderung von Unternehmens- und Wissensvernetzung, ein Gewerbeflächen-Check und ein Gewerbeflächenertragsrechner sind entsprechende Instrumente. Gewerbeflächen sollten länderübergreifend ausgewiesen werden. Die Planung, Realisierung und Vermarktung des Gewerbegebietes erfolgt gemeinsam. Voraussetzung dafür ist, dass es kein starkes Gefälle in den Vermarktungschancen der Gemeinden gibt und alle beteiligten Kommunen einen Vorteil aus der Zusammenarbeit ziehen können.

d) Mittelstandspolitik

Wirtschaftspolitik der CDU ist Mittelstandspolitik. Über die Rolle des Mittelstands für den Erfolg einer Volkswirtschaft müssen an dieser Stelle weitere Ausführungen nicht gemacht werden. Wesentliches Gerüst dieser Politik sind die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, wie Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie auch Handwerkskammern (HWK). Insbesondere bei den IHKs wird schon die regionsüberschreitende Organisation gelebt, wie etwa die IHK Schleswig-Holstein als Landeskooperation, die wiederum mit der Handelskammer Hamburg kooperiert. Die gemeinsame Geschäftsstelle der Handelskammer Hamburg und der IHK zu Lübeck in Norderstedt ist gutes Beispiel für einen Service ohne Grenzen.

Ziel einer weiteren Förderung des Erreichten muss es sein, dass jedes Mitglied einer IHK oder Handwerkskammer, gleich an welchem Standort, in den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein jederzeit umfassend und zu bezahlbaren Konditionen so betreut werden kann, dass dessen Leistungsfähigkeit am Markt gestärkt wird. Die Landesverbände der CDU in Hamburg und Schleswig-Holstein beurteilen die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft als äußerst wichtiges Element in einer Allianz für den Norden. Ein starker Verbund der vier Nordkammern im IHK-Wesen ist einer politischen Allianz für den Norden sehr förderlich. Davon losgelöst begrüßen wir die Zusammenarbeit der Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern e.V. (IHK Nord).

2. Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik flankiert Wirtschaftspolitik. Diese ist darauf gerichtet, die Bevölkerung mit wertigen Arbeitsplätzen zu versorgen, was bedeutet, die Unternehmen in der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Modernisierung bestehender nachhaltig zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist dabei dem Menschen eine besondere Rolle einzuräumen. Aus- und Weiterbildung, Gesundheit am Arbeitsplatz, aber auch quantitative Aspekte spielen dabei eine besondere Rolle. In Kooperation mit Dänemark, das über ein vom deutschen Modell abweichendes Arbeitsförderungssystem verfügt, und einen hohen Arbeitskräftebedarf hat, kann eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik beiden Partnern großen Nutzen bringen. Ziel muss es sein, einen gemeinsamen internationalen Arbeitsmarkt zu schaffen.

Eine „Wirtschaftsregion Nord“ verdeutlicht aber auch Zuzugsinteressierten, dass sie hier einen grenzübergreifenden, dynamischen Wirtschaftsraum mit herausragenden Zukunftschancen finden. Ihnen wird auch aufgezeigt, dass es sich um einen zentraleuropäischen Raum höchster Lebensqualität handelt, der mit der beliebten oberbayerischen Alpenregion jederzeit zu konkurrieren vermag. Erwähnt seien die landschaftliche Schönheit, die sehr positive Umweltsituation, bezahlbarer Platz für die Familie, ein herausragendes Freizeitangebot, kulturelle Vielfalt und ein gleichsam chancenreicher wie spannender Regionsbildungsprozess im Ostseeraum. In der „Makro-Regions-Strategie“ der Europäischen Union ist der Ostseeraum als Zukunftsregion Europas definiert und dessen Entwicklung mit milliardenschweren Maßnahmen unterlegt.

Die „Wachstumsregion Nord“ bildet einen attraktiven Raum zum Leben und Arbeiten. In Zeiten des demographischen Wandels bietet sie auch Zuwanderern gute Aussichten, Arbeitsplätze zu finden, sich in die Gesellschaft einzugliedern und ihre Zukunft zu gestalten.

3. Bildungspolitik - Bildung ohne Grenzen

Bildung muss grenzenlos sein: Flexibel im Angebot, stark in der Leistung, für alle zugänglich.

In einer „Wirtschaftsregion Nord“ darf es zunächst keine föderal bedingten Grenzen und Hindernisse für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studenten mehr geben. Wir setzen uns für eine Bildung ohne Grenzen sowohl im Bereich des allgemeinbildenden als auch des Berufsschulwesens ein. Eltern und volljährige Schüler sollten bei der Schulwahl volle Freiheit genießen: Die Schüler sollten uneingeschränkt auch Schulen im Nachbarland besuchen können. Hamburg und Schleswig-Holstein müssen diesbezüglich eine austarierte gemeinsame Kostenbudgetierung vereinbaren. Die Schulabschlüsse in Hamburg und Schleswig-Holstein sollten auf der Grundlage der Abkommen der Länder und der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vergleichbar

sein. Insbesondere müssen die jeweiligen Schulabschlüsse uneingeschränkt gewährleisten, dass die Schulabgänger befähigt sind, eine Berufsausbildung im dualen System beziehungsweise ein Hochschulstudium erfolgreich zu durchlaufen. Die Wirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein ist in nahezu sämtlichen Berufsgruppen dringend auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen.

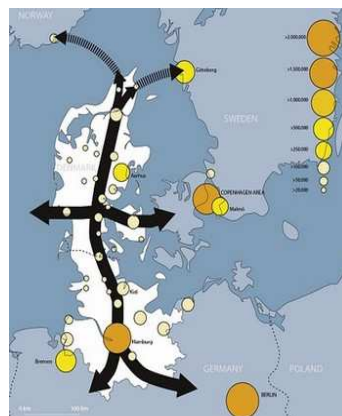
Auch in Bezug auf Dänemark sollte – insbesondere in Schleswig-Holstein – die Bildung ohne Grenzen als Wahlangebot ermöglicht werden. Bilinguales Lernen darf keine Ausnahme sein, sondern sollte in einer „Wirtschaftsregion Nord“ flächendeckend angeboten werden. Die Vorteile liegen offen auf der Hand, nämlich eine äußerst hohe Durchlässigkeit der jeweiligen Arbeitsmärkte wie ein hohes Integrationspotenzial, das nicht nur auf einer breiten Wissensbasis ruht, sondern auch aus dem unmittelbaren Erleben der jeweils eigenständigen Kulturen seine Dynamik bezieht.

4. Gemeinsame Infrastrukturpolitik

Für die nördlichen Bundesländer ist die transnationale wie die nationale, länderübergreifende Verkehrsinfrastruktur der zentrale Wirtschafts- und Standortfaktor. Dazu zählen nicht nur Straße, Schiene, und Wasserwege sondern auch die IT- und Flughafeninfrastruktur. Seit alters her entsteht Wohlstand entlang von Verkehrsachsen, die die ungehinderte Begegnung von Menschen, den ungehinderten Austausch von Gütern und Ideen ermöglichen.

Hamburg, Schleswig-Holstein und Dänemark im Verbund können vom Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsachsen zu Lande, zu Wasser und in der Luft in kaum abzuschätzender Weise profitieren. Hier sind vorrangig die Feste Fehmarn-Belt-Querung (FFBQ) und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im so genannten Jütlandkorridor zu realisieren. Der Bau der FFBQ ist längst staatsvertraglich beschlossen. Hier darf die auf deutscher Seite zu bauende Hinterlandanbindung nicht weiter verzögert werden.

Der Jütland-Korridor wiederum verbindet auf der kimbrischen Halbinsel nicht nur Deutschland und Dänemark, sondern ist auch eine wichtige Verbindung in die Øresund-Region, nach Süd-Norwegen und West-Schweden mit der Anbindung Englands und Norwegens. Im Einzugsbereich dieses Korridors gibt es rund 3,5 Millionen Arbeitsplätze. Er erschließt wichtige Märkte und Unternehmen an seinen Achsen sind interessante Handelspartner für ganz Europa.



**Die kimbrische Halbinsel
mit dem Jütlandkorridor**

Unter dem Leitsatz „Lebensadern des Nordens“ (Ahrensburger Liste 4.0) haben die fünf nördlichen Landesverbände des Wirtschaftsrates der CDU e.V. Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Priorisierung für norddeutsche Verkehrsprojekte gefordert. Dieses Papier trifft auf die Zustimmung der CDU in Hamburg und Schleswig-Holstein. Der Wirtschaftsrat gibt den deutlichen Hinweis darauf, dass Norddeutschland beim Ausbau der Infrastruktur wichtige Wachstums- und Wohlstandszeiten verschenkt, wenn jedes der Länder eigene Prioritäten setzt. Länderübergreifend haben danach folgende Projekte höchste Priorität:

- Die Bundesautobahnen A 20 und A 26 (Lückenschluss und Hafenanbindung Hamburg an die Küstenautobahn)
- Ersatz der Levensauer Hochbrücke
- Fahrrinnenanpassung Unter- und Außenelbe sowie die
- Schleusensanierung Kiel-Holtenau.

Die Prioritätsliste ist um den Ersatz der Rader Hochbrücke im Zuge der A 7 wie dem Weiterbau der A 21 zu erweitern.

Im Schienenverkehr müssen zur Verfügung stehende Finanzmittel auf diejenigen Schienenkorridore konzentriert werden, auf denen das größte Verkehrswachstum erwartet wird, wie z.B. Hamburg, Bremen, Hannover und die Y-Trasse Hannover-Hamburg-Bremen. Aus Sicht Hamburgs und Schleswig-Holsteins muss insbesondere die Planung des vierspurigen Ausbaus der Eisenbahnverbindung Hamburg-Lübeck, die wegen des Güterverkehrs aus dem Hafen Lübeck wie von Hamburg aus in den Ostseeraum notwendig ist, über Bad Oldesloe hinaus bis nach Lübeck zeitnah weiter geführt werden, da durch die zunehmende Bebauung von Flächen an der Bahntrasse die Planbarkeit unwiederbringlich dahin schwindet. Weiter sind vorrangig der Ausbau der Strecke Lübeck/Bad Kleinen, die als Voraussetzung für den Ausbau der Strecke nach Rostock und Stralsund angesehen werden muss. Schließlich sind die Strecken Westerland – Hamburg und Kiel – Lübeck wie geplant auszubauen.

Im Seeverkehr ist das Konzept der „Motorways of the Sea“ umzusetzen und die Hinterlandanbindungen der Häfen sind wie auch die Wasserstraßen selbst auszubauen. Nur so können die maritimen Standorte in Hamburg und in Schleswig-Holstein erhalten bleiben und in ihrer Funktion als Drehscheibe für den Im- und Export der Bundesrepublik Deutschland gestärkt werden.

Darüber hinaus sollte der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weiter voran getrieben werden. Die Perspektive „Airport Lübeck“ als dritte Landebahn in der MRH gilt es zu erhalten.

Wie die Verkehrsmengen auf Straße und Schiene, zu Wasser und in der Luft, steigen auch die Daten-Verkehrsmengen. Immer mehr Menschen nutzen das Internet und es entwickeln sich neue Anwendungen, die hohe Datenübertragungsraten in den Telekommunikationsnetzen erfordern. Um damit Schritt halten zu können, werden in Hamburg wie in Schleswig-Holstein Hochgeschwindigkeitsnetze für das Internet, das heißt mehr Bandbreite für Internetanwendungen, benötigt. Der Ausbau der Telekommunikationsnetze ist deshalb vorrangig voranzutreiben.

5. Energiepolitik

Eine preiswerte und sichere Energieversorgung ist von fundamentaler Bedeutung für Industrie, Verkehr, private Haushalte und sonstige Verbrauchergruppen. Aufgrund der weltweiten Verknappung von Rohstoffen wie Kohle, Erdöl, Erdgas sowie Uran und der

Folgewirkungen und Risiken für die Umwelt wird verstärkt auf erneuerbare Energieträger wie Wind, Sonne, Wasserkraft und Erdwärme gesetzt. Diese bieten den Vorteil nahezu unerschöpflich und umweltschonender zu sein. Dänemark wie Norddeutschland nehmen hier auf Grund ihrer geographischen Lage eine besondere Rolle speziell bei Energie aus Wind ein. In Hamburg wiederum ist Biomasse mit einem Anteil von mehr als der Hälfte an der regenerativen Stromerzeugung der wichtigste erneuerbare Energieträger. Norddeutschland muss – gemeinsam mit Dänemark – seine Interessen formulieren, um Fördermittel und Finanzierungsprogramme des Bundes wie der EU für den „Erneuerbare Energien-Sektor“ noch stärker gemeinsam einzuwerben.

In Hamburg, möglicherweise aber auch in den größeren Städten in Schleswig-Holstein, ist die Fern- und Nahwärmeversorgung auszubauen, um den Energieverbrauch bei der Beheizung des Gebäudebestandes zu senken. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Kraft-Wärme-Kopplung, z.B. in Blockheizkraftwerken für die Erzeugung von Elektrizität und Wärme eine wichtige Rolle einzuräumen. Unabhängig von der Energieerzeugung sind Speichertechnik und Speicherkapazitäten sowie Netztechnik und Trassen weiter zu entwickeln.

III Allianz für den Norden – die Basis für die Wirtschaftsregion in der Umsetzung

1. Hamburg und Schleswig-Holstein als Kern der Allianz

Geographisch wie wirtschaftlich sind Hamburg und Schleswig-Holstein auf das Engste verflochten. Flächenland und Stadtstaat profitieren wechselseitig von den individuellen Vorzügen der engen Nachbarschaft. Traditionell nutzt Hamburg mit seiner dynamischen Hafen- und Dienstleistungswirtschaft auch Ressourcen Schleswig-Holsteins, während Schleswig-Holstein aus der Wirtschaftskraft der Freien und Hansestadt Vorteile zieht.

Eine Allianz für den Norden geht daher geographisch betrachtet vom Kerngebiet Schleswig-Holstein und Hamburg aus. Die parallele Partnerschaft der östlichen und süd-westlichen Anrainerländer Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie Bremen und die Berücksichtigung Dänemarks im Norden schafft allen Nachbarn viele Optionen im internen Verbund. Gleichzeitig werden dadurch weitere Wege in den Ostseeraum wie weiter nach Süden und Westen geöffnet.

Hamburg und Schleswig-Holstein werden ihre Kernfunktion dann besonders gut erfüllen, wenn diese Länder insbesondere ihre politisch-administrativ-inhaltliche Kooperation noch enger gestalten. Dazu zählen politisch kongruente Legislaturperioden der jeweiligen Landesparlamente wie administrativ eine gemeinsame Landesplanung und eine integrierte EDV-Struktur des „E-Government“ mit abgestimmten IT-Dienstleistungen.

2. Bestehende Kooperationen

Eine „Allianz für den Norden“ kann im Kernbereich bereits heute auf einem breiten Fundament bestehender regionaler und inhaltlicher Kooperationen wie auf gemeinsam betriebenen und arbeitsteiligen Einrichtungen aufbauen. Für regionale Kooperationen stehen die Projektpartnerschaft Nord (PPN), die Metropolregion Hamburg, die HanseBelt Region, die Kiel Region und Sønderjylland hoch im Norden. Gemeinsame Einrichtungen sind der Norddeutsche Rundfunk (NDR), die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH), das Hanse Office, das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord), die Eichdirektion Nord, Dataport und die HSH Nordbank. Eine Kooperation durch Arbeitsteilung ist die Erarbeitung von topographischen Karten für hamburgische Gebietsteile durch das Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein gegen Kostenerstattung. Als gemeinsames Projekt der beiden Länder wird die IT-Kooperation Personaldienste mit dem Ziel einer Neuausrichtung der IT-Personalunterstützung für das Personalmanagement bezeichnet.

Mit Sicht auf die Bürgerinnen und Bürger im Lebensraum der „Wirtschaftsregion Nord“ wiederum ist festzustellen, dass eine „Allianz für den Norden“ dadurch begreif- und erlebbar wird, dass sich Erfolge durch vorgenannte Arbeitsteilung und Kräftebündelung einstellen. Sie werden dies gerade unter Bezug auf ihr Lebensumfeld dann als zukunftsweisend erachten, wenn man ihnen verdeutlicht, inwieweit sie bereits von den bestehenden Kooperationen profitieren.

Als Kooperationen der Wirtschaft sind die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V. (UV Nord) und der HanseBelt Initiativkreis e.V. und die Kooperation der IHK Schleswig-Holstein und der Handelskammer Hamburg zu erwähnen ohne die Handwerkskammern in Hamburg und Schleswig-Holstein zu vergessen.

3. Dänemark als Kooperationspartner

Hier kann insbesondere auf Kooperationen wie die Deutsch-Dänische Region und die Region Sønderjylland-Schleswig zurückgegriffen werden. Eine große Bedeutung hat auch die Øresundregion, auf die im nächsten Punkt „Ostseestrategie“ näher eingegangen wird.

In der Deutsch-Dänischen Region, zu der auf dänischer Seite die Region Süddänemark und auf deutscher Seite das nördliche Schleswig-Holstein gehören, sollen die sechs Stärken der Region wie Nachhaltige Energie, Tourismus und Erlebniswirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Wohlfahrtstechnologie, Lebensmittelerzeugung, Logistik und Wissen zu ihrer Profilierung beitragen und für Wachstum und Entwicklung sorgen, der Clusterpolitik Schleswig-Holsteins und Hamburgs nicht unähnlich.

Die Region Sønderjylland-Schleswig besteht auf dänischer Seite aus den vier Kommunen Aabenraa (Aabenraa), Sønderborg (Sønderborg), Haderslev (Haderslev) und Tønder (Tønder) und auf deutscher Seite aus den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und der Stadt Flensburg. Sie ist eine so genannte „Euroregion“, eine Kooperationsorganisation mit mindestens zwei europäischen Grenzregionen.

4. Allianz im Ostseeraum – die Ostseestrategie

Seit dem EU-Beitritt Polens, Estlands, Lettlands und Litauens am 01. Mai 2004 ist die Ostsee beinahe ein EU-Binnenmeer. Als Teil der Weltmeere ist die Ostsee einer der von der Handelsschifffahrt am intensivsten befahrenen Meeresabschnitte – schon Ende der 1980er Jahre wurden hier 8 Prozent der Ladungstonnage der Schifffahrt weltweit auf nur 0,15 Prozent der Meeresfläche der Welt befördert. Die Ostseestrategie der Europäischen Union (European Union Strategy for the Baltic Sea Region – EUSBSR) dient dazu, die Zusammenarbeit im Ostseeraum zu intensivieren. Im Februar 2013 stellte die Europäische Kommission den aktuellen Aktionsplan zur Ostseestrategie vor und aktualisierte damit eine erste Fassung aus dem Jahr 2009. Die drei dort angeführten Ziele sind die ökologische Bewahrung der Ostsee, die weitere Anbindung der Region an Europa und die Steigerung des Wohlstands dort. Diese allgemeinen Ziele sollen in einer Vielzahl an Projekten aus den unterschiedlichsten Bereichen umgesetzt werden. Das besondere Augenmerk der Bundesregierung gilt dabei der Wettbewerbsfähigkeit des südöstlichen Ostseeraums, der Erhaltung des Ökosystems Ostsee und der Verbesserung der Infrastruktur der Region. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den nördlichen Bundesländern zu. Neben Hamburg (Bildung) und Mecklenburg-Vorpommern (Tourismus) engagiert sich Schleswig-Holstein als Koordinator des Bereichs Kultur und

beteiligt sich außerdem an der Umsetzung des Flaggschiffprojekts „Clean Baltic Shipping“.

Innerhalb dieses geographischen Raumes kann als Beispiel für einen Anknüpfungspunkt die Øresundregion erwähnt werden. Sie besteht aus der Provinz Schonen (Skåne) auf schwedischer sowie Seeland, Lolland, Falster, Møn und Bornholm auf der dänischen Seite. Als eine der wichtigsten Wirtschaftsregionen im Ostseeraum weist sie laut einem Artikel der Zeitschrift „The Economist“ die wirtschaftsfreundlichsten Bedingungen der Welt auf. Festgemacht wird dies an der Lage (Stichwort „Tor zur Ostsee“), der guten Infrastruktur (Internationaler Flughafen Kopenhagen, umfangreiches Straßen- und Schienennetz, viele Schiffsrouten), der internationalen Verständigung (fließendes Englisch ist häufig zwingendes Einstellungskriterium bei Fachkräften), den attraktiven „weichen“ Standortfaktoren, den Bildungseinrichtungen und der Clusterstruktur in Wissenschaft und Wirtschaft, wie dem Zusammenschluss von acht Universitäten zur internationalen Øresund-Universität, das „Medicon Valley“ (Cluster für Lebenswissenschaften, Schwerpunkte in Krebs- und Allergieforschung), die „Øresund-IT-Region“ (Cluster für Informations- und Kommunikationswissenschaften, Schwerpunkte in Nano-, Mikrotechnik und Softwareentwicklung) und das „Copenhagen Cleantech Cluster“ (Cluster für neue Umwelttechnologien, Schwerpunkte in Wind-, Bioenergie, Entwicklung von Brennstoffzellen, Entwicklung von elektrischen Fahrzeugen).

5. Schulterschluss mit Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern

Der Schulterschluss mit den Nachbarn Hamburgs und Schleswig-Holstein ist weitgehend bereits gelebte Realität, aber er müsste ausgeprägter sein. Von der Metropolregion Hamburg und der Projektpartnerschaft Norddeutschland bis hin zu Dataport als gemeinsamer Unternehmung von schon sechs Bundesländern und gemeinsamen Beschaffungsvorhaben mit Bremen und Niedersachsen wie vielfältiger anderer organisatorischer, rechtlicher und thematischer Kooperationen zeigt sich eindeutig: Gemeinsamkeit gibt es, doch der Prozess des Kräftebündelns muss fortgesetzt werden. Es sind doch bereits vielfältige Bindungen entstanden, die es einerseits um neue Felder zu erweitern gilt und die andererseits aber im Bestand weiter entwickelt werden müssen.

6. Funktionsweise einer Allianz für den Norden

Unter dem Gebot der Kürze dieses Strategiepapiers kann hier natürlich kein umfassender Entwurf der Funktionsweise dargestellt werden, auch wenn erste Ideen dazu bereits diskutiert werden. Aber skizzenhaft soll die Richtung angedeutet werden, in der eine Funktionsweise vorstellbar wäre.

Zunächst ist festzustellen, dass auch heute schon eine Vielzahl an bilateralen wie multilateralen Verbindungen, Kooperationen und Interaktivitäten zwischen den ins Auge gefassten Allianzpartnern in unterschiedlicher Ausprägung bestehen. Sie sind aber letztendlich nicht auf ein umfassendes allgemeines Ziel wie die hier beschriebene Vision einer Allianz ausgerichtet und lassen generell sicher auch Effizienz vermissen. Vor allem aber werden die hier und da unternommenen Einzelaktivitäten nicht als zielführende Antwort auf die Chancen und Risiken von Globalisierung und demographischem Wandel wahrgenommen und sind daher der Bevölkerung kaum schlüssig zu vermitteln. Dass es aber hierauf eine Antwort gibt, will das Konzept der „Allianz für den Norden“ als dezidierte Antwort der CDU in den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein aufzeigen.

Die Verbindungen, Kooperationen und Interaktivitäten werden durch staatliche Stellen, aber in nennenswertem Umfang auch durch Institutionen wie Non-Profitorganisationen (NGOs) getragen. Staatliches Handeln soll die Allianz aber eben nicht sein, also keine

Art verkappter „Nordstaat“, sondern eine partnerschaftliche Allianz, die sich über den inhaltlichen Wesenskern und die Interessenidentität einer „Wirtschaftsregion Nord“ und nicht vom rein administrativen Handeln her definiert. Auf das Ziel einer „Allianz für den Norden“ gerichtete Aktivitäten bedürfen aber dann gerade wegen der Vielzahl der Akteure unterschiedlicher Couleur eines administrativen Rückgrats. Grundsätzlich sollte daher zunächst von der Schaffung staatlich getragener Strukturen zum Aufbau und Betrieb einer Allianz ausgegangen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass ein Mindestmaß an Rechtssicherheit für die Partner in der Allianz hergestellt werden muss. Grenzüberschreitend wie zwischen den Bundesländern erscheint den Verfassern dazu ein entsprechender Staatsvertrag als geeignet. Voraussetzung dafür wären entsprechende Beschlüsse der Legislative, die es mit Nachhaltigkeit umzusetzen gilt. Zur Finanzierung wäre anzumerken, dass es zunächst kein gemeinsames Budget für die ständige Arbeit gibt. Dieses wird von den Partnern in eigener Zuständigkeit jeweils für sich selbst festgelegt und getragen.

Die Verständigung unter den Partnern erfolgt grundsätzlich in Deutsch und Dänisch, wobei sich als Verhandlungssprache Englisch anbietet.

Fazit

Globalisierung und demographische Entwicklung schreiten voran, halten Herausforderungen bereit und liefern Chancen. Diese Dynamik trifft im Norden Deutschlands aktuell auf eine Politik der Zurückhaltung und fehlender Innovationskraft. Es besteht die Gefahr, dass die „Wirtschaftsregion Nord“ und die in ihr wohnenden Menschen die vielfältigen Chancen nicht nutzen können.

Diese vorgenannte Stagnation und der fehlende Blick über den Tellerrand hinaus müssen dringend überwunden werden. Dies wird in einer „Allianz für den Norden“ gelingen, die die CDU-Landesverbände der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein zielorientiert für die Menschen auf den Weg bringen.

Die enge geographische Verbundenheit der Allianzpartner, die Ostsee als gemeinsamer Entwicklungsraum und die Nordsee als Tor zur Welt sind dabei konstituierende Elemente ebenso wie die vielfältigen bereits geschaffenen und bestehenden regionalen und thematischen Verflechtungen und Netzwerke der potenziellen Allianzpartner untereinander.

Nun gilt es, einen weiteren Schritt zu tun und durch eine gemeinsame Politik und Administration innerhalb einer „Allianz für den Norden“ zukunftsweisende Synergien zu erzeugen, um im Wettbewerb der Regionen weiter die Nase vorn zu behalten und noch besser zu werden. Dies zum Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, die in der „Wirtschaftsregion Nord“ wohnen und arbeiten. Dass dies möglich ist, zeigt das Strategiepapier dadurch deutlich auf, dass hier nicht die Welt neu erfunden werden muss, sondern vorhandene Kräfte gebündelt werden, Arbeitsteilung und eine allgemeine Harmonisierung Einzug halten.

Die CDU-Landesverbände der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein begegnen der bestehenden norddeutschen Kooperations-Stagnation der letzten Jahre mit Strategie, Aufbruch und neuen Ideen. Die „Allianz für den Norden“ im Sinne einer „Wirtschaftsregion Nord“ steht dabei für Weitsicht und Zukunftsfähigkeit.

Gez. Bernd Jorkisch
Vorsitzender
Landesfachausschuss Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau
der CDU Schleswig-Holstein

Gez. Dr. Philipp Steinwärder
Vorsitzender
Landesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit
der CDU Hamburg

Quellen

Allianz für den Norden – Kapitel 2 im Wahlprogramm CDU Schleswig-Holstein 2012
Behörde für Soziales, Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr, Innovation, Hamburg
Bericht Enquete Kommission Schleswig-Holsteinischer Landtag, 17. Wahlperiode
DIHK, Berlin
Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH
Handelskammer Hamburg und die IHK Schleswig-Holstein
IHK Flensburg Unterlagen Deutsch-Dänische Zusammenarbeit
IHK Studie: Für eine starke Industrie in Schleswig-Holstein, IHK zu Flensburg, Kiel und Lübeck, Juni 2015
Keycluster Wirtschaftsdateien Dänemark
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz, Schleswig-Holstein (LKN-SH)
Dr. Claus Friedrich Laser Zentrum Wirtschaftspolitik und Public Relations Zentrum, Institut für Weltwirtschaft, Hamburg
Perspektiven und Handlungsoptionen für Hamburgische Unternehmen
Rahmenplan Deutsch-Dänische Zusammenarbeit Schleswig-Holstein/Dänemark Januar 2015
Ministerium Justiz, Kultur, Europa
String –Cluster Politisches Forum 2009
Tageszeitungen

Webseite Auswärtiges Amt Dänemark Beziehungen zu Deutschland
Webseite Dataport
Webseite Deutsch-Dänische Region
Webseite HanseBelt
Webseiten IFB und IB-SH (Banken)
Webseite IHK Hamburg Beziehungen zu Dänemark
Webseiten Institutionen (Ministerien, Behörden, Organisationen, Unternehmen)
Webseite Kiel Region
Webseite PPN
Webseite Schleswig-Holstein
Webseite Sonderjylland-Schleswig
Webseite Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein

Wikipedia (Förderbank SH/HH, Wasserversorgung, Legislaturperioden, Länder Hamburg und Schleswig-Holstein)
Wikipedia Dänemark
Wikipedia Jütland
Wikipedia Kimbrische Halbinsel
Wikipedia Wirtschaftsbeziehungen